

Neustart für Tourismus

Nachfragen an Magistrat zum Rauswurf

BREMERHAVEN. Als Bremerhaven aus dem Neustart-Programm zur Unterstützung der Tourismus-Branche geworfen wurde, hagelte es Proteste aus der Bremerhavener Politik. Und zwar auch, weil man von der Entwicklung überrascht worden sei. In der Bürgerschaft und in der Wirtschaftsdeputation des Landes wehrte sich Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Linke) gegen diesen Vorwurf.

Sie betonte mehrfach, sie habe bereits im Februar den Magistrat darüber informiert, dass die Bremerhavener kommunalen Marketingteile der Kampagne nicht aus dem stadtbremischen Anteil des Bremen-Fonds finanziert werden könnten. Der Magistrat habe das dann auch akzeptiert.

Bereits in der Bürgerschaft hatte der Bremerhavener FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Hauke Hiltz nachgefragt: Ob sich der Magistrat denn offiziell als Gremium mit dem Vorgang beschäftigt habe. Das verneinte die Senatorin. Wer wurde denn nun zu welchem Zeitpunkt informiert? Und gab es in Bremerhaven sogar Zustimmung? Das will nun Jan Timke von den „Bürgern in Wut“ wissen. Er erwartet eine Stellungnahme des Magistrats in der Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag. „Sollte die Aussage von Frau Vogt der Wahrheit entsprechen, dass der Magistrat frühzeitig informiert worden war und diesem Vorgang auch zugestimmt hatte, so würde er eine Mitschuld an dem Schlamassel tragen“, sagt Timke. (mue)